Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus, Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7. Sonnabend, den 15. Februar 1919. 23. Jahrgang.

Zum Einheitstarifwesen.

Wie aus dem „Steinarbeiter" Nr. 5 ersichtlich ist, wurden die Zahlstellen beauftragt, sämtliche Tarife an den Ablaufsterminen zu kündigen. Zu dieser Maßnahme sah sich die Verbandsleitung veranlaßt, weil unter allen Umständen daran gegangen werden muß, die Einheitlichkeit im Tarifwesen für die Steinindustrie zu fördern. Nun liegen allerdings in unserer Industrie die Verhältnisse nicht so einfach, um die gewünschte Einheitlichkeit zu erzielen. Im Baugewerbe ist die Formulierung über einheitliche Arbeitsbedingungen nicht allzu schwer gewesen, die Aufstellung des Buchdruckertarifes ist sicherlich sehr schwer gewesen, aber für die gesamte Steinindustrie ist ein Einheitstarif unmöglich. Wir müssen also zunächst den Versuch machen, die bestehenden Tarife für die Schleifereien zum Reichstarif auszugestalten, das wird und muß gelingen. Aus diesem Reichstarif muß der Teil für die Steinmetzen herausgenommen werden, um die Grundlage abzugeben, für den Werksteintarif in der Granitindustrie. Ist zum Beispiel der Reichstarif für die Schleifereibetriebe geschaffen, dann ist zu 70 Prozent die Grundlage gegeben, für den Granitwerksteintarif. Bei letzterem wird es zu besonderen Schwierigkeiten insoweit kommen, weil bisher die gewöhnlichen Bauarbeiten nicht unter die Flächenberechnung gestellt wurden. Aber diese Hindernisse können bei einigermaßen guten Willen, den die Unternehmer zeigen müssen, überwunden werden.

In der Pflastersteinindustrie fällt es ebenfalls schwer, ein gültiges Gerippe aufstellen zu können, welches als Norm für die einzelnen Hartsteindistrikte angesehen werden kann. Aber die Einheitlichkeit im Tarifwesen kann auch da gefördert werden, wenn wir mit Nachdruck die Lokaltarife zu Bezirkstarifen erweitern. Im übrigen können die allgemeinen Bestimmungen auch für die Pflastersteingruppe sehr wohl, einheitlich gestaltet werden.

Für die Sandsteingruppe wird durch die Verbandsleitung daran festgehalten, daß als Einheitstarif der sogenannte „Sachsen-Tarif" als Grundlage zu gelten hat. Die Sandsteinbezirke sind verpflichtet, sich dieser Auffassung anzuschließen. Dabei muß allerdings darauf verwiesen werden, daß die Zahlstellen die Verpflichtung haben, Ergänzungsanträge zu stellen, damit die neuzeitlichen Arbeiten im vollen Umfange getroffen werden. Von den Bezirken Schlesien und Unterfranken kann hierbei wertvolle Mitarbeit geleistet werden. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der „Sachsentarif" insoweit einer Ergänzung bedarf, als wie die jetzt üblichen glatten Denkmalsarbeiten in Frage kommen.

Für die Marmorgruppe ist die Einheitlichkeit ebenfalls sehr erstrebenswert. Vorarbeit ist in dieser Hinsicht durch die Vorlage, die vor einigen Jahren vorgelegt wurde, ebenfalls schon geleistet. Leider waren damals die Marmorwerksbesitzer so kurzsichtig und ließen sich zu einem definitiven Abschluß nicht herbei. Aber für die Marmorgruppe sind die Gründe absolut nicht unüberwindlich zu einem Reichstarif zu kommen.

Die Kollegen mögen nun folgendes beachten:

Die Verbandsleitung arbeitet mit Hochdruck darauf hin, daß wegen des Reichstarifes für die Granitschleifereien die Verhandlungen baldigst beginnen können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es auch zu einer Einigung kommen. Ist mit den Schleifereibesitzern der steinmetztechnische Teil durchberaten, so kann die Verhandlung sofort mit den bayrischen Granitwerksteinindustriellen beginnen; es ist anzunehmen, daß auch diese Verhandlungen über den textlichen Teil zu einem guten Abschluß gebracht werden können. Ist dann der Tarif für die bayrische Granitwerksteinindustrie zum Abschluß gekommen, dann haben wir erreicht, daß derselbe als Mustertarif für die ganze deutsche Granitwerksteinindustrie gelten kann. Deshalb müssen sich die Kollegen im Oden- und Schwarzwald usw. mit den Tarifverhandlungen noch gedulden, bis wir in Bayern unter einen Hut gekommen sind. Dasselbe wird auch für Schlesien und die Lausitz zu gelten haben. Nur wenn wir diesen Weg beschreiten, können wir zum Einheitstarif in der Granitwerksteinindustrie gelangen. Es kann nun der Einwurf kommen: Ja, es wäre doch besser, die Verbandsleitung stellt einen allgemeinen Entwurf auf, läßt durch die Zahlstellen Verbesserungen vornehmen und unterbreitet dann die Vorlage den Unternehmern. Es ist aber dabei außer acht gelassen, daß in der deutschen Steinindustrie drei Unternehmerverbände in Frage kommen, dadurch wird von vornherein eine gemeinsame Beratung unmöglich gemacht. Haben wir aber den Landestarif für die bayrische Werksteinindustrie geschaffen, dann ist es viel leichter, diese Abmachung als Reichstarif-Vorlage zu benützen. Wir empfehlen deshalb den Zahlstellen in der Granitindustrie mit den in Frage kommenden Unternehmern, soweit die Kündigung der Tarife vorgenommen wurde, ein Tarifprovisorium zu schaffen, etwa auf die Dauer von ½ Jahre. Die Kollegen sind materiell dadurch ja gar nicht geschädigt, weil doch die Teuerungszulagen weiterlaufen und unter Umständen auch eine Erhöhung erfahren können. Wird dieser Weg des Provisoriums beschritten, dann kommen wir der Tarifeinheitlichkeit in den verschiedensten Berufsgruppen viel näher. Wir ersuchen deshalb, dieses Thema in den Versammlungen eingehend debattieren zu wollen, alle Gründe sprechen für ein Tarifprovisorium, denn wir haben den völligen Frieden noch nicht und ferner bedarf es nach Friedensschluß auch noch einer geraumen Zeit, bis das Wirtschaftsleben wieder voll in Fluß kommt.

Die Tarifeinheitlichkeit läßt sich nicht mit einem Schlage erreichen, aber wir gehen den vorgezeichneten Weg, dann kommen wir dem gesteckten Ziel viel näher.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin.)

Aus den einleitenden Mitteilungen und Beschlüssen sei hervorgehoben:

Für die besetzten linksrheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen.

Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden 4 Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden. Das um die Berner Beschlüsse sich anlehnende sozialpolitische Regierungsprogramm ist unterdes in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht worden.

In der Deutschen Liga für den Völkerbund hat Legien den Vorsitz für die sozialpolitische Abteilung übernommen.

Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus den Kreisen der Internationale in Bern den sofortigen Zusammentritt dringend empfiehlt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit" bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Eingriffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Rätesystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf: jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Rätesystem liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen gewerkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Erörterung bewegte sich fast durchgehends in gleicher Richtung; im Baugewerbe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten ausgerüstete Arbeiterausschüsse, mit denen die Betriebsräte ungefähr zusammenfallen könnten, ab, weil die in engster Fühlung mit den Gewerkschaften stehenden Baustellendelegierten vorzuziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwierigkeit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen. Meist kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Rätesystem seine Bedeutung ganz von selber verlieren werde. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes warnte gleichfalls vor Ueberschätzung der gegenwärtigen enttäuschenden Erfahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete beschränkt, im großen und ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzustellen. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblickt in den vorgeschlagenen Arbeitskammern für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die wüst durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergrevieren zu klären und auf bestimmtere Ziele hinzulenken. Im Steindruckgewerbe, das zum ⅔ auf den Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohntreibereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet. Von einer Beschlußfassung sah man ab, doch soll die Gewerkschaftspresse aufmerksamer die Tätigkeit der Arbeiterräte verfolgen.

Beim Punkt „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten" schilderte Sassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehilfe nichts seltenes, anderseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Ansammeln immer größerer Lagervorräte hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeitsunlust widerlege. In Oberschlesien und im Halleschen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalistischer und spartakistischer Einflüsse. Immerhin wurde allseitig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezieher von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorschußweise verauslagt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Versenkung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. In vielen Zweigen schreite indem die Bildung der Fachgruppen und -ausschüsse sehr langsam fort. An der Stelle Schlickes, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, müsse abermals ein sehr tüchtiger und energischer Gewerkschaftsvertreter rücken, um unermüdlich nach vorwärts zu drängen und kein Uebergewicht der sehr geschäftserfahrenen Arbeitgebervertreter aufkommen zu lassen. Die Aussprache enthüllte noch manchen stillen Widerstand in Unternehmerkreisen, auch manche Gegensätze, beispielsweise auf handelspolitischem Gebiet, um deren willen öfter schon eine Verengerung der grundlegenden Satzung erstrebt wurde. An Stelle Schlickes auch im Demobilmachungsamt, wurde schließlich Cohen-Berlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz folgende Entschließung an:

Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener.

Die Konferenz der Vorstandsvertreter erhebt im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages **entgegen allen Grundsätzen des Völkerrechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen restlos ausgeliefert sind.**

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Konferenz ersucht die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser ungeheuerlichen Maßnahme geltend zu machen.

Der nächste Gewerkschaftskongreß soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften ausarbeiten soll; auch die Sozialisierungsfrage soll von ihr behandelt werden.

Zu einer Aussprache kam es noch über die Antwort, die das Reichsarbeitsamt auf die Eingabe betr. das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung erteilte; ferner über die Stellungnahme des „Gastwirtsgehilfen" zur Kellnerinnenentlassung. Ob die „Ostsiata" wieder achttägig erscheinen soll, wird den beteiligten Verbänden zur Begutachtung unterbreitet werden. Dem Protest der Redner gegen die Art der Inanspruchnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nach den Darlegungen Dörings nicht an. Ebenso wird ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, als nicht spruchreif abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Teuerungszulagen an die Angestellten der Generalkommission. Die Erörterung der Grenzstreitigkeiten zwischen Porzellanarbeitern und Fabrikarbeitern bleibt der nächsten Konferenz vorbehalten.

Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

für die Kollegen der Pflastersteinindustrie des Oberbergischen Landes.

Bis jetzt bestand für die Kollegen noch keine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Vor dem Kriege waren schon wiederholt seitens des Verbandes Versuche unternommen worden, um eine tarifliche Regelung bei einzelnen Firmen bzw. Distrikten zu erreichen, aber ein Erfolg war wegen des Widerstandes der Unternehmer nicht zu erreichen.

Die Revolution und ihre wirtschaftlichen Begleiterscheinungen schufen die Vorbedingungen um mit mehr Aussicht auf Erfolg der Frage einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen näherzutreten.

Seitens unseres Verbandes wurde an sämtliche in Betracht kommende Steinbruchbesitzer eine Einladung zu einer Konferenz geschickt. Der Landrat zu Gummersbach, sowie der Gewerberat erklärten auf eine Anfrage unserseits, daß sie bereit seien an der Konferenz teilzunehmen. Die Konferenz fand am 29. Januar im Hotel Thiel zu Dieringhausen (Rhld.) statt, sie war von den Steinbruchsbesitzern bzw. Vertretern der Firmen sehr stark besucht. Von unserem Verbande war mit einer Kommission aus den Zahlstellen Gauleiter Herrmann erschienen. Vom christlichen Keramarbeiterverbande nahm eine Kommission an den Verhandlungen teil. Auf gemeinschaftlichen Wunsch erklärte sich der Landrat bereit, den Vorsitz bei den Verhandlungen zu übernehmen. Nach einigen einleitenden Worten nahm Kollege Lenz aus Becke das Wort, der den Zweck der Zusammenkunft ausführlich behandelte. Als Hauptforderungen der Arbeiter gab er bekannt: Achtstündige Arbeitszeit, Beseitigung der Akkordarbeit, Minimalstundenlöhne für Kipper, Stößer, Steinbrucharbeiter und Handwerker in den Steinbrüchen. Die Stundenlöhne für Kipper, Stößer bzw. Brecher sollen 1.50 M. betragen, für Handwerker 1.40 bis 1.50 M. Für Steinbrucharbeiter Stundenlohn 1.35 M., für solche im Alter von 18 bis 20 Jahren 1.10 M., 16 bis 18 Jahre 90 Pf.

Kollege Lenz sprach dann den Wunsch aus, daß es durch die Verhandlungen gelingen möge, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen.

Als erster Diskussionsredner sprach Herr Direktor Rautenberger von der Basalt-Aktiengesellschaft Linz. Er erklärte namens aller vertretenen Firmen: Die Einführung des Stundenlohnsystems sei zur Zeit in der Pflastersteinindustrie nicht möglich. Eine weitere Erhöhung der Akkordpreise sei kaum noch möglich, denn erst im Januar habe eine solche stattgefunden. Werden die Arbeitslöhne zu hoch, dann könne von einer Rentabilität in den meisten Betrieben keine Rede mehr sein. Er verwies dann ferner auf die immer mehr sich bemerkbar machende schwedische Konkurrenz, von Belgien könne das gleiche konstatiert werden. Notwendig sei, daß die Arbeiterorganisationen mehr als bisher mit den Arbeitgebern gemeinschaftlich gegen die schweren Schädigungen vorgehen würden. Der Kohlenmangel mache sich sehr fühlbar, sehr schlimm sei es mit der Wagengestellung. Er sehe nicht allzu rosig in die Zukunft.

Kollege Heimann führte aus, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft zwingen, neue Lohnforderungen zu stellen. Er ist der Auffassung, daß eine Durchführung der Lohnarbeit doch wohl möglich sei. Zur Beseitigung der schwedischen Konkurrenz sei unser Verband bereit mitzuwirken, er führte an, was bis jetzt bereits in der Beziehung hier vorgenommen worden ist. Für bessere Wagengestellung werde sich die Leitung des Verbandes mit den zuständigen Direktionen in Verbindung setzen.

Die nächsten Diskussionsredner brachten für die einzelnen Orte oder Distrikte verschiedene Sonderwünsche vor. Dringend notwendig sei, daß wenn der Steinkipper auf Material warten müsse, dann eine Vergütung im Lohn erfolge. Weiter müssen endlich soweit das noch nicht geschehen sei, geeichte Maße in den Steinbrüchen Verwendung finden. Der Gewerberat sowie der Landrat und die Arbeitgeber beteiligten sich lebhaft an der Aussprache.

Bezirksleiter Höner und Gauleiter Herrmann wünschen im Fall der Ablehnung der Stundenentlohnung die Garantierung des Lohnes auch bei Akkordarbeit. Es werden noch Beschwerden von Kommissionsmitgliedern vorgetragen, wonach durch eigenartige Rechenmethoden be-

Arbeiter nicht imstande ist, seinen Lohn auszurechnen. Hierzu erklärt der Gewerberat, daß dies ungesetzlich sei, eine Abhilfe habe sofort zu erfolgen. Er gibt noch eingehende interessante Darlegungen über die Frage: Lohnarbeit oder Akkordberechnung. Nach längerer lebhafter Diskussion macht Herr Direktor Rautenberger folgende Vorschläge: Das Oberbergische Gebiet wird in verschiedene Lohnbezirke eingeteilt. Zum Bezirk 1 gehört: Kotzhausen, Müllenbach, Thalbecke (unterer Teil), Isberghausen, Aggerbetriebe von Derschlag aufwärts. Bezirk 2: Felsental, Ründeroth und Steinacker. Bezirk 3: Wiehltal. Bezirk 4: Thalbecke (oberer Teil) und Frömmersbach. Dann gab er die Akkordpreise für die einzelnen Pflastersteinsorten bekannt. Die Stößer sollen 70 bis 80 Prozent des Klopferlohnes erhalten. Der Stundenlohn für Tagelöhner soll 1.15 M betragen, für Klopfer und Stößer sowie Handwerker in den Steinbrüchen 1.30 M.

Von der Kommission der Arbeiter wurden die vorgetragenen Lohnsätze, weil zu gering, abgelehnt. Kollege Herrmann machte den Vorschlag, daß die Arbeitgeber nochmals unter sich allein beraten möchten, inwieweit eine weitere Erhöhung möglich sei. Nach einer Unterbrechung der Sitzung geben die Arbeitgeber die neuen Vorschläge bekannt. Da die Kommission der Arbeiter nicht die Vollmacht hatte, um den Vereinbarungen zuzustimmen, werden sie mit den andern Arbeitern Rücksprache nehmen. Falls notwendig, wird versucht werden, in weiteren Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Unser Verband hat in den letzten Wochen im Oberbergischen Gebiet einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Kollegen sehen ein, daß sie nur in einer starken, finanziell kräftigen Organisation ihre Interessen wirksam vertreten können. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir noch berichten.

Korrespondenzen.

Erfurt. Die Versammlung welche am 21. Januar stattfand, war gut besucht. Die Lohnordnung der Zahlstelle Halle wurde mit wenigen Abänderungen einstimmig beschlossen und einer Kommission zur nochmaligen Durchberatung überwiesen. Es würde sich nun notwendig erweisen, wenn die Zahlstellen Magdeburg, Halle und Erfurt in eine baldige engere Beratung zusammentreten, um die zweifelhaften Punkte auszugleichen. Die Einberufung überlassen wir der Zahlstelle Halle. Einer scharfen Kritik wurden die Beschlüsse des in Leipzig stattgefundenen Verbandstages unterzogen betreffs der Unterstützungseinrichtungen. Die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen Erfurts erheben scharfen Protest gegen diese Einrichtung. Sie beantragen dieserhalb auf schnellstem Wege eine Gaukonferenz einzuberufen zwecks Klärung dieser Angelegenheiten. Auch die Lohnverhältnisse des Gaues sind einer gründlichen Aussprache zu unterziehen. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 33. Davon sind 5 arbeitslos, 3 verrichten Notstandsarbeiten.

Floß. Hier fand am 26. Januar Generalversammlung statt, in der neben reger Aussprache über den Achtstundentag sowie Tarifordnung und Reichsarbeitsnachweisentwurf folgende Kollegen in die Vorstandschaft gewählt wurden: Hell. Senft als Vorsitzender, Karl Wirth, Kassierer, Xaver Reber, Schriftführer, Franz Beck und Johann Somer als Revisoren. Kritik wurde geübt an dem Verhalten der zur Uebernahme der verschiedenen Posten aufgeforderten Kollegen, die sich ohne stichhaltige Gründe weigern, diese Arbeiten zu leisten. Gegen ein solches Drückebergertum muß entschieden protestiert werden. Kollegen! **Ueber 100 Mitglieder zählen wir bereits,** den letzten Kollegen in Floß haben wir bald in unseren Reihen. Soll dies nicht auch in Floßenbürg möglich sein? Es ist möglich, wenn wir alle, jeder nach seiner Kraft, unsere Pflicht tun. Kein Indifferenter kann den Wert des Verbandes mehr bestreiten. Alle ziehen den Nutzen unserer Arbeit ein. Vergeßt auch die Hilfsarbeiter nicht. Auch diese müssen endlich einkommen lernen, daß sie nur Hand in Hand mit uns eine auskömmliche Existenz erreichen können. Sorgt auch dafür, daß die Versammlungen vollzählig besucht werden. Lernt den Zeitgeist an der Hand unserer sozialdemokratischen Parteipresse kennen. Nützt die euch durch die Revolution geschaffenen Rechte aus und helft sie für alle Zukunft sicherstellen. Ihr arbeitet dadurch für euch und eure Kameraden. Bleibt in der Erfüllung eurer Pflichten pünktlich, damit keiner der ihm zustehenden Rechte verlustig gehe. Dringt auf genaue Tarifeinhaltung. Hoch der Verband der Steinarbeiter!

Kappelrodeck. In der am 19. Januar sehr gut besuchten Versammlung wurde Stellung genommen zum Lohnausgleich infolge der achtstündigen Arbeitszeit und zur Frage der Teuerungszulagen. Die Zugeständnisse der Unternehmer der Pflastersteinbranche, die sehr minimal sind, wurden von den Kollegen abgelehnt, während die Kollegen der Werksteinbranche mit den ihnen gemachten Zulagen vorläufig vorliebnehmen erklärten. Gauleiter Seifert, der über das Thema Lohnausgleich, Teuerungszulage referierte, ermahnte die Kollegen, tüchtig mitzuarbeiten, damit wir diese schlagfertige Organisation bekommen. Die Agitation hat bei uns auch kräftig eingesetzt. Der Erfolg sind 35 Neuaufnahmen.

Kiel. Alle Kollegen sind jetzt wieder im Verband, arbeitslos ist keiner. Wir hatten einen Stundenlohn von 2 M. für Steinmetzen und Schleifer und 1.90 M. für Hilfsarbeiter beantragt. Die Forderung wurde von den Meistern abgelehnt mit der Begründung, daß sie die eingegangenen Arbeiten auch zu dem Stundenlohn von 1.20 M. und 1.50 Mark kalkuliert hätten und daher den hohen Lohn nicht zahlen könnten. Sie wollen uns aber den Bauarbeiterlohn zahlen, der im Dezember 1.53 M. und vom 1. Januar 1.63 M. betrug. In einer mündlichen Verhandlungen der Lohnkommission mit den Meistern, welche am 5. Januar 1919 stattfand, lehnten die Meister weitere Zulagen ab. Die Kollegen haben darum beschlossen, die Sache dem Schlichtungsausschuß beim Gewerbegericht zu übergeben. Am 20. Januar 1919 wurde verhandelt und kam folgender Vergleich zustande:

Die Steinarbeiter werden mit den Bauarbeitern im Lohne gleichgestellt. Wenn der Lohn erhöht wird, bekommen die Schleifer den Lohn der Vorpolierer, welcher um 5 Pf. niedriger ist, wie bei den Meistern. Die Meister waren mit dem Urteil nicht einverstanden, da sie sich auf unsern Reichsvertrag in der Annahme, daß demnach der Lohn für Kiel bedeutend niedriger sein würde. Die Kieler Kollegen sind aber der Meinung, daß der Reichsvertrag für Kiel nicht in Frage kommt, da hier noch nie in Lohn gearbeitet wird. Sie sind daher auch mit dem Urteil des Schiedsgerichts voll und ganz zufrieden.

Die Bauarbeiter werden nächstens in die Lohnbewegung eintreten und wir werden uns dann dem Forderungen anschließen.

Pirna. Unsere Generalversammlung fand am 26. Januar statt. Nachdem Kollege Schmidt einen Bericht über das Jahr und Kassenbericht gegeben hatte, wurde uns mitgeteilt, daß uns vom Gauvorstand eine Unterstützung von 1100 M. zur Verfügung stehe. In der weiteren Aussprache beschäftigte man sich damit, wie wir diese Summe am besten verwenden könnten. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied, das sich in Not befindet, eine Unterstützung erhalten soll. Zu Punkt 2 gab Kollege Hänsel einen Bericht über die Lage. Kollege Wendel referierte über Arbeitslosenversicherung, worauf sich Kollege Seidel weiter darüber verbreitete. Es wurden noch 2 Mitglieder zur Revision gewählt. Es wurden die Kollegen Schleicher, Dresden, Berger, Pirna, Richter, Dresden, Schmidt, Pirna, Schmidt, Heidenau, Reinhardt, Heidenau und Kollege Kunz, Pirna, gewählt. Dann wurde den Kollegen mit der Karte, der Mitgliedsmarke zu Pfennig, Dank. Darauf folgte Schluß der sehr lebhaften Versammlung.

Zeitz. Am 26. Januar fand im Bergmannschen Lokal wieder eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende hielt die vor der Tür stehenden Wahlen kurz erläuterten und wünschte, daß sie in unserem Sinne ausfallen mögen. **Gefallen sind uns bei den letzten 12 Kriegern.** Nach einem von der Versammlung dem Andenken der Gefallenen dargebrachten Ehren [illegible] bekannt, daß [illegible] bis zum 15. Januar die Beitragsmarken von 50 auf 70 [illegible] sind. Dem [illegible] Beschluß [illegible] konnte nicht [illegible]

München. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Erlacher begrüßte die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen. Er gedachte der 15 gefallenen Mitglieder und gab nach üblicher Ehrung derselben einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit während der Kriegsdauer. Er bedauerte, daß sich mancher Kollege vom Verbande trennte. Die Konjunktur sei in den letzten drei Jahren eine sehr gute in der Grabmalbranche gewesen, während die Bauarbeit so ziemlich brach lag. In der Agitation geschah, was möglich war. Leider nahm auch das Ueberstundenmachen trotz wiederholten Mahnungen, sehr überhand. Er streifte die Lohnforderungen und deren Erfolge und teilte mit, daß die Tarife gekündigt seien und die gewählte Tarifkommission der nächsten Versammlung ihre Ausarbeitung unterbreiten wird. Hierauf gab Kassierer Käfer den Jahresbericht. Die beiden Revisoren Berger und Müller bestätigten, daß Kasse, Bücher und Belege sich in musterhafter Ordnung befanden. In einer kurzen, aber sachlichen Debatte wurde gefordert, daß bei Neuabschluß eines Vertrages das hereingebracht werden müsse, was bei der letzten Verhandlung am Gewerbegericht zu ungunsten der Steinarbeiter in bezug auf Umrechnung ausgelegt wurde. Der Ortsverwaltung wurde hierauf einstimmige Decharge erteilt. Die Neuwahlen ergaben, da Kollege Käfer aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl strikte ablehnte, folgendes Resultat: Heinrich Erlacher, 1. Vorsitzender, Rudolf Hiemann, 2. Vorsitzender, Jos. Pollinger, Kassierer, Joh. Moser, Schriftführer, Xaver Käfer und Georg Kufner Revisoren.

Mühlhausen i. Th. Von 61 hier angemeldeten Mitgliedern sind 11 in Arbeit, 50 dagegen arbeitslos. Die 50 arbeitslosen Kollegen sind teils bei der Sicherheitskompagnie, teils machen dieselben Notstandsarbeiten. Im völkermordenden Weltkrieg sind 17 Kollegen gefallen, ein hoher Prozentsatz. Den Tarif haben wir am 30. Januar gekündigt und denken Tariflohn einzuführen. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden.

Ostertholz. Am 26. Januar fand bei Gastwirt Wilkening zu Poggenhagen unsere Versammlung statt. Kollege Baake gedachte der 13 gefallenen Krieger; sie wurden geehrt durch Erheben von den Plätzen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt W. Spier, als Stellvertreter H. Voß, zum Kassierer H. Baake. Dann wurde die Beitragserhöhung besprochen, welche von den Kollegen einstimmig angenommen wurde. Auch haben wir den Stundenlohn auf 1 M. festgesetzt und Gauleiter Brevig beauftragt, den Tarif bis zum 1. April auszuarbeiten.

Stettin. Unsere Versammlung tagte am 22. Januar. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, unsern alten Tarif zu kündigen. Dieser Beschluß machte uns zur Bedingung, hinsichtlich unseres neuen Tarifes eine Lohnkommission zu wählen, welche sich aus vier Steinmetzen und einem Schleifer bildete. Wir einigten uns dahin, die zur Zeit bestehenden zweierlei Stundenlöhne 1.75 M. für zugereiste Kollegen und 2 M. für früher hier Beschäftigte möglichst auf 2 M. Einheits-Stundenlohn zu regeln. Unter Verschiedenem erwähnten einige Kollegen, mit der neuen Lohnforderung vorsichtig zu sein wegen Mangel an Rohmaterialien.

Rundschau.

Josef Lerchl †. In München verstarb am 1. Februar im Alter von 41 Jahren Kollege Josef Lerchl an Tuberkulose. Der Verstorbene stammte aus Büchlberg (Niederbayern) und ist insbesondere den norddeutschen Granitarbeitern ein treuer Verbandskamerad und lieber Freund gewesen. Bei Ausbruch des Krieges schaffte L. in Aulnoye (Nordfrankreich), er mußte sich mit seiner Familie flüchten und fand dann in Rostock Unterkommen. Aber die Berufskrankheit hatte ihn schon zu stark gepackt. Vor einigen Monaten siedelte er nach München über, mußte aber sogleich ein Sanatorium aufsuchen, aber sein Leiden verschlimmerte sich zusehends, ein eingetretener Blutsturz gab ihm den Rest. Wir werden diesem liebenswürdigen Menschen, der ein äußerst tüchtiger Steinmetz war und stets den Verband hoch hielt, ein ehrendes Andenken bewahren.

Soziales Leben und Tuberkulose. Eine der schlimmsten Volkskrankheiten ist die Tuberkulose, und sie ist um so mehr eine Volkskrankheit, je trauriger es mit den sozialen Verhältnissen des arbeitenden Volkes bestellt ist. Hierfür bringt der Privatdozent Dr. Teleki in der Wiener klinischen Wochenschrift Beweise aus der Statistik. Während die Tuberkulose z. B. in dem wirtschaftlich und sozial im Aufsteigen begriffenen England abnahm, stieg die Sterblichkeit in Irland, in dem jener Aufstieg durch die bekannte Unterdrückung nicht möglich war. Ebenso ist die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose vor dem Kriege in Deutschland ständig gesunken, weil die sozialen Verhältnisse durch die gewerkschaftlichen Kämpfe besser wurden, während in Frankreich, das soziale Besserungen in dem Maße nicht aufweist, keine Herabminderung der Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose festzustellen ist. Das ist ein unleugbarer Beweis für die große volksgesundheitliche Bedeutung des Gewerkschaftskampfes und den idealen Dienst, den der einzelne als Mitglied seines Verbandes nicht nur seinem eigenen Berufe, sondern auch dem großen Ganzen leistet.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf wiederholte Anfragen der vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder wird nochmals darauf verwiesen, daß beim Kriegsausbruch 1914 die von der Dresdner Generalversammlung beschlossene Erwerbslosenunterstützung — bei Krankheit, Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise — außer Kraft gesetzt wurde. Im Jahre 1915 wurde durch eine Beiratskonferenz die Kranken- und Reiseunterstützung mit Beginn des 2. Quartals wieder eingeführt. Die Arbeitslosenunterstützung dagegen soll auf Beschluß der Generalversammlung vom Oktober 1918 (Leipzig) am 1. Januar 1920 in Kraft treten, nachdem die erhöhten Beiträge dafür bereits mit dem 1. Januar 1919 erhoben werden.

Wenn es nun im neuen Statutenanhang heißt, daß bis zum 1. Januar 1920 die im alten Statut enthaltenen Unterstützungssätze gelten, so betrifft es selbstverständlich auch nur die Unterstützungen im Krankheits- oder Sterbefall oder auf der Reise mit den im alten Statut gültigen Unterstützungssätzen.

Wegen Arbeitslosigkeit, teilweise auch aus anderen Gründen haben sich eine Anzahl Mitglieder zum Grenzschutz oder örtlichen Sicherheitsdienst gemeldet. Dieser militärische Dienst ist nicht der früheren aktiven Dienstzeit oder dem Kriegsdienst als beitragsfrei gleichzustellen, sondern wer die Rechte im Verband behalten will, hat für diese Zeit seine vollen Beiträge zu entrichten.

Die örtlichen Kassierer wollen diesen Hinweis beachten.

*

Die Zahlstellenkassierer werden nochmals dringend ersucht, mit dem alten Markenmaterial abzurechnen und damit zugleich das Zahlstellenkonto glatt zu machen.

*

Steinarbeiter-Expedition. Sollen Adressenänderungen, Neubestellungen und Meistbestellungen beim Steinarbeiterverband für die jeweilig nächste Woche Berücksichtigung finden, dann müssen die Bestellungen mindestens am vorhergehenden Sonnabend in Leipzig eingetroffen sein, sonst kommen sie erst für die übernächste Woche in Betracht.

*

Vom alten Markenmaterial bleiben Eintritts-, Ersatz- und Erwerbslosenmarken in der Zahlstelle, da diese auch ferner gültig sind.

*

Die Abänderungsanträge zum Reichslohntarifvertrag für die Granitarbeiterverbände sind uns, einschließlich der Berechnungszettel, bis zum 22. Februar einzusenden.

Wir ersuchen um Innehaltung dieses Termins, damit dann die Verhandlungen mit den Schleifereibesitzern unverzüglich beginnen können.

Allgemeine Bekanntmachung.

Delkau. Nach längeren ergebnislosen Verhandlungen mit den hiesigen Steinmetzmeistern, zu welchen auch unser Gauleiter Walther erschienen war, wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit am 7. Februar niederzulegen. Wir rückständig manche Herren noch sind, beweist das Benehmen des Steinmetzmeisters Strauß hierselbst, der mit dem Steinarbeiterverband auch heute noch nicht verhandeln will. Arbeitsuchende Kollegen haben sich beim Unterzeichneten zu melden. Zuzug ist fernzuhalten.

L. Beibler, Dessau, Turmstraße 31 II.

Hannover. Dem Steinhauer Heinrich Meier, geb. 26. April 1890 zu Eschershausen, ist kein neues Buch auszustellen, da derselbe hier noch alte Pflichten zu erfüllen hat. Meier hat in Eschershausen gesagt: sein Buch wäre verloren. Dies ist nur Flunacherei. Heckemüller, Vorsitzender.

Liegnitz. Die Zahlstellen des 2. Gaues möchten sofort ihre Berichte einsenden.

Die Gauleitung. G. Steininger, Feldstraße 26 I.

Adressenänderung.

Alt-Warthau. Vors.: Alfred Reichelt. Kass.: Karl Geßner. (Alt-Warthau I und II ist zu einer Zahlstelle vereinigt.)

Bad Albling. Vors. und Kass.: Hans Etterer, Kirchzeile 80 II.

Berbersdorf. Vors.: Alfred Stepfan in Böhrigen N. 14. Kass.: Max Stoll, Berbersdorf N. 51.

Bunzlau. Bezirksobmann: Gustav Kreis, Pappelstr. 4 I.

Eigershausen. Vors.: Hermann Peter. Kass.: Johannes Reuling.

Freiberg i. Sr. Vors.: Joh. Wannenmacher, Predigerstr. 3. Kass.: Christ. Haug, Glümmerstr. 19.

Grünsfeld (Bad.). Vors.: Adam Kögler. Kass.: Georg Schäffer.

Giersdorf (Kr. Neiße). Vors.: Josef Weißer, Steinmetz.

Greifswald. Vors.: G. Michaelis, Neumorgenstr. 27. Kass.: E. Schirrmeister, Lange Str. 3.

Greiffenberg (Schlesien). Vors.: Paul Berndt, Schosdorf. Kass.: Herm. Haubenschild, Gerberstr. 22.

Gr. Hartmannsdorf (Kr. Bunzlau). Vors.: Josef Jibinski, Ober-Groß-Hartmannsdorf, Kreis Bunzlau.

Heidingsfeld a. M. Vors.: Christof Künzel, Baugenossenschaft.

Köln II. Vors.: Kaspar Hover, Köln-Nippes, Escherstr. 121. Kass.: Anton Maubach, Taubengasse 9.

Gr. Kunzendorf (Kr. Neiße). Vors. und Kass.: Emanuel Böhm, Steinmetz.

Langensalza. Vors.: Johann Müller in Uthorn. Kass.: Albert Schrungof, Langensalza, Herrenstr. 16.

Langenaltheim. Vors.: Hans Rauh, Kass.: Friedrich Grimm, Nr. 3, beide in Langenaltheim Post Solnhofen (Mittelfranken).

Mühlhausen (Thüringen). Vors.: Hans Moll, Enge Gasse 84 I.

Neuenstein. Vors.: Josef Veith. Kass.: Wilhelm Werner.

Rimbach (Odenwald). Vors.: Johann Wurzel in Mitershausen bei Rimbach. Kass.: Alois Holzhammer in Rimbach.

Roßbach. Vors.: Georg Janker, Wutkersdorf, Post Rittersau, Oberpfalz. Kass.: Johann Asn in Wald, Post Roßbach.

Solnhofen. Vors.: Ludwig Gegennagel, Kass.: Albert Opitsch, beide in Solnhofen (Mittelfranken).

Sebnitz. Vors. und Kass.: Wolfgang Wallner, Petzoldstr. 207 K.

Schopfloch. Kass.: Heinr. Grimm, Friedrichstr. 7.

Wüstegiersdorf. Kass.: Anton Kahn, Ober-Wüstegiersdorf bei Frau Hartmann.

Weißenstadt. Vors.: Christian Müller, Wunsiedler Str. 194. Kass.: Fritz Neuper, Wallstr. 157.

Briefkasten.

Sl. in L. Zur Zeit nicht vorrätig. — **A. in Nürnberg.** Also wieder in Funktion. Wünschen vielen Erfolg. Besten Gruß auch an B. — **Görlitz.** Die Skizzen sind mittlerweile wohl eingetroffen. — **L. in K.** Hoffentlich klappt die Sache. In diesem Falle muß man „offensiv" sein. — **Berlin.** Der Versand ist ja prompt erfolgt. Besten Dank. — **Brückmühl.** Wird erledigt.

Einige Versammlungsberichte mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden. Die Berichte selbst sind kurz zu fassen, wir sind sonst gezwungen, Streichungen vorzunehmen.

Anzeigen

Bossierer, Pflastersteinarbeiter
für Grünstein und Grauwacke finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
Harzer Pflastersteinbrüche Langelsheim, G.m.b.H., Langelsheim.

Zwei Marmorschleifer
für Handbetrieb sofort gesucht.
C. SCHWARTZ, Marmorwarenfabrik, Hadersleben.

Einige tüchtige Handschleifer
in dauernde Beschäftigung stellt sofort ein
Franz Schilgen, Granitschleiferei, Lohmen b. Dresden.

Ein Steinmetz
der auch Schrift hauen kann, für dauernd gesucht.
Wilh. Hellmann, Bildhauer und Grabsteingeschäft, Tarnowitz O.-Schl.

Granit-Maschinenschleifer
mit allen Schleifarbeiten vertraut, gesucht.
Hermann Forkert-John, Grabplatten-Fabrik, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. Nr. 33

Marmor-Handschleifer,
welcher gute Erfahrung im Kitten hat, als Vorarbeiter für unsere Handschleiferei in dauernde Stellung gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H. Stettin.

Als im Felde gefallen

werden uns nachträglich noch gemeldet:

Hermann Berg, aus der Zahlstelle **Stettin.**
Friedrich Giesel, 41 J. alt, a. d. Zahlst. **Alt-Warthau II.**

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Dresden** am 29. Januar der Sandsteinmetz **Albert Möckel,** 41 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In **Köln II** am 30. Januar der Marmorschleifer **Karl Neubrück,** 50 Jahre alt, an der Grippe.

In **Hannover** am 1. Februar der Sandsteinmetz **Louis Bering,** 50 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Osterwald** am 2. Februar der Sandsteinmetz **Fritz Wintel,** 49 Jahre alt, an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Stoudinger. Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig
Rotationsdruck der „Freien Presse" Leipzig, Königstraße 5.